

Pressemitteilung

12. Dezember 2016

AStA und Wohnheimsprecher*innen kritisieren Mieterhöhung vom Studentenwerk

Der Göttinger AStA und einige Sprecher*innen der Studierendenwohnheime kritisieren die vom Studentenwerk geplante Mieterhöhung sowie den allgemeinen Wohnraummangel und rufen zu Protesten gegen die bestehende Wohnraumpolitik auf.

Nach einer kürzlich veröffentlichten Studie des Göttinger Geographischen Instituts sind die Angebotsmietpreise in Göttingen gegenüber letztem Jahr um 4,2 % gestiegen, seit 2013 sogar um 21,1 %. Geschrumpft ist dafür der Anteil des günstigen und des mittleren Preissegments: Seit 2013 von 43 % auf unter 15 %. Kurz gesagt: Bezahlbarer Wohnraum wird mit jedem Jahr knapper. In Reaktion auf diese Studie hat die Landesregierung weitere 3,5 Millionen Euro für den Wohnungsbau zur Verfügung gestellt. Angesichts der Schwere der Wohnungsnot betrachtet der AStA diese Summe bestenfalls als Anzahlung.

Larissa Freudenberger, Sozialreferentin, dazu: “Kürzlich hat auch das Göttinger Studentenwerk bekanntgegeben, die Mieten in den meisten Studierendenwohnheimen erhöhen zu wollen. Wie der AStA bereits Anfang des Jahres beim ersten Aufkommen solcher Pläne klargestellt hat, ist eine solche Erhöhung eine unzumutbare Mehrbelastung für Studierende, die schlussendlich für viele auch die Studienbedingungen verschlechtert.” Roman Kirk, Hochschulreferent, ergänzt: “Die Finanzierungsprobleme der Studierendenwohnheime stehen nicht isoliert, und es kann für sie deshalb keine einseitige Lösung geben: Hier sind sowohl das Studentenwerk als auch die Unileitung als auch die regionale und überregionale Politik gefragt, die die Verantwortung gerne munter untereinander umherschieben. Wohnungsbau nach rein ökonomischen Gesichtspunkten zu betreiben, bedeutet schlussendlich ein Schlechterstellen und Gegeneinander-Ausspielen der am wenigsten zahlungskräftigen Bevölkerungsgruppen. Anstatt die Mindeststandards für Wohnen immer weiter zu verringern, wie es durch menschenunwürdige Refugee-Lager beispielsweise auf der Siekhöhe geschieht, muss eine zeitgemäße Wohnraumpolitik ergriffen werden, die beispielsweise Leerstand konsequent bewohnbar macht. Menschenwürdiges Wohnen ist ein Recht. Es allen zu ermöglichen, ist eine grundlegende politische Aufgabe.”

Der Göttinger AStA hat am 29.11. im Rahmen einer öffentlichkeitswirksamen Aktion auf dem Campus (Steigenlassen mit Helium gefüllter Ballons) auf die bestehenden Missstände hingewiesen. In einem Gespräch mit einigen Sprecher*innen der studentischen Wohnheime wurde die aktuelle Problematik der Mietsteigerungen in den Wohnheimen und der allgemein Wohnraumsituation diskutiert. Dabei wurden vor allem die plötzlich sehr hohen Mietsteigerungen kritisiert. Durch eine Staffelung der Anstiege wäre eine Erhöhung der Mieten wesentlich sozial verträglicher gewesen.

Auf Grund der aktuellen Entwicklungen fordert der AStA, sowie die beteiligten Wohnheimsprecher*innen:

1. Eine höhere finanzielle Beteiligung vom Land. 3,5 Millionen Euro reichen bei weitem nicht aus.
2. Eine Anpassung verschiedener Gesetze, um den Neubau von Wohnheimen zu vereinfachen.
3. Eine Verlängerung der Wohnzeit auf Grund von Härtefällen oder Engagements muss weiterhin ohne den Abschluss eines neuen Mietvertrags möglich sein.
4. Studierende müssen bei größeren Veränderungen, wie Mieterhöhungen, früher einbezogen werden.
5. Alle Wohnheime sollten von eingenommenem Geld aus den Mieten profitieren, beispielsweise durch Sanierungsarbeiten.

Für sozialgerechtes Wohnen in Göttingen.

AStA Uni Göttingen, 12. Dezember 2016
Wohnheim Papenburg
Wohnheim Kellnerweg
Wohnheim Robert Koch Straße